

Wegen AfD-Erfolgen: Richterbund will Weisungsgebundenheit der Staatsa...

André Hintz

Der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes (DRB) Sven Rebehn fordert laut Informationen der *Welt*, das Weisungsrecht der Justizministerien gegenüber den Staatsanwaltschaften für konkrete Strafverfahren sofort abzuschaffen. Hintergrund dieser Forderung sind demnach die „Gefahren für den Rechtsstaat durch antiliberalen Kräfte“, die „auch in Deutschland“ gegeben seien. Damit spielt Rebehn auf die hohen Umfragewerte der AfD an.

Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften müsse abgeschafft werden, „damit die Strafverfolgung nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden“ könne. „Ein politisches Weisungsrecht für Strafverfahren in den falschen Händen wäre fatal“, sagte er weiter. Rebehn legt damit nahe, dass ein Missbrauch des Weisungsrechts erst drohe, wenn die AfD in Regierungsverantwortung kommt. In aktuellen Umfragen führt die AfD unter anderem in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – zwei Ländern, in denen im kommenden Jahr Landtagswahlen anstehen.

Deutschland gilt im europäischen Vergleich als Sonderfall, weil Staatsanwaltschaften hier der Fach- und Dienstaufsicht der Justizministerien unterstehen – und damit politischem Einfluss ausgesetzt sein können. Kritiker drängen bereits seit Jahren auf Reformen, um den Einfluss der Exekutive strikt zu begrenzen. Der Europäische Gerichtshof hat deutschen Staatsanwaltschaften wegen der möglichen ministeriellen Einflussnahme die Eigenschaft als „ausstellende Justizbehörde“ beim Europäischen Haftbefehl abgesprochen. Zur Begründung verwies das Gericht darauf, dass eine hinreichende Unabhängigkeit von der Exekutive nicht gewährleistet sei.

In jüngster Zeit geraten deutsche Staatsanwaltschaften verstärkt in die Kritik, weil ihnen im Zusammenhang mit sogenannten „Meinungsdelikten“ eine besondere Nähe zur Politik vorgeworfen wird. So rügte zuletzt das Verwaltungsgericht Dresden die ortsansässige Staatsanwaltschaft wegen einer „einseitigen Berücksichtigung der Interessen“ des früheren Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck (Apollo News [berichtete](#)).

Da die AfD in einigen Ländern so stark ist, dass die für Richterernennungen erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheiten künftig womöglich nicht mehr zustande kommen, fordert Rebehn zudem, neue Verfahren für solche Blockadesituationen zu entwickeln. „Um das Problem zu lösen, wäre ein Ersatzwahlmechanismus sinnvoll“, sagt er. Denkbar wäre demnach ein externes Auswahlgremium, das Kandidaten vorschlägt. Über deren Berufung könnte das Parlament anschließend mit absoluter Mehrheit entscheiden.
